V-10-021-2 Boykott ist keine Lösung - Nein zu BDS!

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 21 bis 27:
~~Auch eine Zusammenarbeit von Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin mit der BDS-Kampagne ist abzulehnen. Darüber hinaus fordern wir, analog zu den Landesverbänden Bayern und Bremen, sowie dem Bundesverband der GRÜNEN JUGEND, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ihre Gliederungen sowie Campusgrün auf, nicht mit BDS zusammenzuarbeiten. Insbesondere fordern wir die Petra-Kelly-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung auf, jegliche Zusammenarbeit sowie finanzielle oder logistische Unterstützung mit und von BDS-Gruppen einzustellen und auch in Zukunft zu unterlassen.~~

Wir verurteilen entschlossen alle antisemitischen Bestrebungen, von denen einige auch unter dem Banner der BDS-Bewegung Deckung suchen. Wir missbilligen, dass die BDS-Bewegung sich zwar prinzipiell gegen Antisemitismus ausspricht, aber bis jetzt nur unzulängliche Abwehrmaßnahmen gegen antisemitische Instrumentalisierungsversuche entwickelt hat. uf der anderen Seite sehen wir auch jene Forderungen und Instrumente der BDS-Bewegung, die wir politisch ablehnen, als Teil des legitimen demokratischen Diskurses an. Solange ihre Vertreter*innen dabei die Menschenwürde beachten und sich nicht für Hass oder Gewalt- und Willkürmaßnahmen aussprechen, stehen auch ihre Handlungen unter dem Schutz der Meinungsfreiheit. Wir fordern die Gliederungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der BDS-Bewegung auf, um diese entschieden zurückzudrängen. Sie sollen erklären, dass gemäß den Nahost-Beschlüssen von Bündnis 90/Die Grünen die EU und die Bundesregierung beide Seiten mit positiven wie negativen Anreizen zu direkten und substantiellen Friedensgesprächen mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung bewegen sollen. Sie sollen erläutern, dass nach bündnisgrünem Willen die EU und die Bundesrepublik Deutschland konkrete Maßnahmen gegen die Besatzungs- und Siedlungspolitik ergreifen sollen. Sie sollen darlegen, dass Grüne auf weitreichende Unterstützung für alle friedensfördernde, konstruktive Schritte und auf negative Konsequenzen für konfliktverschärfende, kontraproduktive Schritte durch die EU und die Bundesregierung hinarbeiten. Veranstaltungen, die einseitig die Forderungen der BDS-Bewegung unterstützen, tragen wir nicht mit.

Begründung

Dieser Änderungsantrag wird unterstützt von der LAG Frieden/Internationales und von Delphine Scheel, KV Charlottenburg-Wilmersdorf, Svenja Borgschulte, KV Pankow, Ursula Hertel-Lenz, KV Steglitz-Zehlendorf, David Baltzer, KV Kreisfrei, Gerd Kauschat, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Heiner v. Marschall, KV Reinickendorf, Jörn Böhme, KV Steglitz-Zehlendorf, Kristian Brakel, KV Kreisfrei, Marcus Berendes, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Michael Sebastian Schneiß, KV Friedrichshain-Kreuzberg, Patrick Mesenbrock, KV Mitte, Peter Lohauß, KV Charlottenburg-Wilmersdorf.